Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

09.10.1986 - Drucksache 11/757

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/757

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. Oktober 1986

Maßnahmen gegen die Ausbreitung von AIDS

Bei der Ausbreitung der AIDS-Erkrankungen spielt die sogenannte Hochrisikogruppe drogenabhängiger Prostituierter beiderlei Geschlechts eine besondere Rolle. Einerseits stammt die überwiegende Mehrheit der AIDS-Kranken aus dieser Gruppe, andererseits sind drogenabhängige Prostituierte in ihrem Streben nach Geld für den Drogenkonsum nur schwer zu einem einsichtigen Verhalten zu bewegen. Insofern dürfen die von dieser Gruppe ausgehenden Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung nicht unterschätzt werden.

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist die Anzahl drogenabhängiger Prostituierter beiderlei Geschlechts im Land Bremen?
2. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um die Ansteckung Dritter durch mit AIDS-Viren infizierte Prostituierte zu verringern; welche besonderen Probleme tauchen bei drogenabhängigen Prostituierten auf und wie werden die Probleme angegangen?
3. Wie beurteilt der Senat die in München, Stuttgart und Frankfurt erstellten Konzepte zur Bekämpfung der AIDS-Infizierung, die für die sogenannte Hochrisikogruppe drogenabhängiger Prostituierter beiderlei Geschlechts nach dem Bundesseuchengesetz vorgesehene Zwangsmaßnahmen beinhalten?

Marianne Hänecke, Neumann und Fraktion der CDU

D a z u

Antwort des Senats vom 28. Oktober 1986

Zur Problemdarstellung, die der Anfrage vorangestellt ist, wird zur Ergänzung und Richtigstellung auf folgende Punkte hingewiesen:

(1) Es ist nicht zutreffend, wenn ausgeführt wird, daß sich die überwiegende Mehrheit der AIDS-Kranken aus der Gruppe drogenabhängiger Prostituierter beiderlei Geschlechts rekrutiert. In der vom Bundesgesundheitsamt geführten Statistik über die bekannt gewordenen AIDS-Erkrankungen wird die genannte Gruppe zwar nicht gesondert erfaßt, die vorliegenden Daten weisen aber aus, daß nur bei einem Prozent der Erkrankten das Doppelrisiko der Drogenabhängigkeit bei gleichzeitiger Homo- oder Bisexualität gegeben war und daß der Anteil der Frauen an den AIDS-Erkrankten insgesamt nur rund 5 Prozent ausmacht. Es ist daher davon auszugehen, daß drogenabhängigen Prostituierten männlichen und weiblichen Geschlechts als Teilgruppen innerhalb der zuvor genannten Risikogruppen rein quantitativ nur eine untergeordnete Bedeutung zukommen kann.

(2) Besonderes Problem der drogensüchtigen männlichen und weiblichen Prostituierten ist ihr gestörtes, häufig destruktives Verhältnis zum eigenen Körper und ihre wenig entwickelte persönliche und soziale Verantwortlichkeit.

Das hieraus resultierende, scheinbar zwanglose und moralisch ungehemmte Verhalten erhöht einerseits die Risikobereitschaft, bewirkt aber andererseits auch Desinteresse an ansteckungssicherem Sexualverhalten.

Die im einzelnen gestellten Fragen werden wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Die Mitarbeiter der Drogenberatungsstelle und der Beratungsstelle für Haut- und Geschlechtskrankheiten schätzen die Anzahl der drogenabhängigen weiblichen Prostituierten auf 50—70, von denen aber im Durchschnitt nur etwa ein Drittel aktuell der Prostitution nachgeht und auf dem Drogenstrich des Ostertors/Steintors anzutreffen ist. Die Schwankungsbreite in der geschätzten Gesamtzahl und die vergleichsweise niedrige Präsenz auf dem Drogenstrich erklären sich aus einer Vielzahl von Faktoren, wie örtliche Mobilität, nur gelegentliche Beschaffungsprostitution, Unterbringung in Therapieeinrichtungen, Verbüßung von Haftstrafen, usw.

Die Anzahl der drogenabhängigen männlichen Prostituierten ist weitaus geringer als gemeinhin angenommen. Die Mitarbeiter der Drogenberatungsstelle schätzen die Anzahl der in Bremen tätigen drogensüchtigen männlichen Prostituierten auf unter 20.

Zu 2.:

Um einer Ausweitung von HIV-Infektionen* durch Prostitution entgegenzuwirken und dabei auch den besonderen Problemen gerecht zu werden, die durch HIV-infizierte oder drogenabhängige Prostituierte gegeben sind, hat der Senat eine Vielzahl aufeinander abgestimmter Maßnahmen ergriffen:

(1) Den Mitarbeitern der Beratungsstelle für Haut- und Geschlechtskranke ist es in den vergangenen Jahren durch ihre problem- und feldnahe Arbeit gelungen, die ganz überwiegende Anzahl der Prostituierten relativ stabil an ihre Untersuchungs- und Beratungsangebote anzubinden. Diese im Vergleich mit anderen Städten sehr gute institutionelle Anbindung der Prostituierten als einer Personengruppe, die Behörden gemeinhin eher skeptisch und ablehnend gegenüber steht, konnte nur durch eine Arbeitsweise gelingen, die durch persönliche Beratung Vertrauen und Akzeptanz aufbaut. Deshalb werden alle Möglichkeiten aufsuchender und nachgehender Betreuung ausgeschöpft, bevor zu Zwangsmaßnahmen nach dem Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, wie der polizeilichen Vorführung, gegriffen wird.

Aufgrund der geschilderten Akzeptanz und Arbeitsweise konnte die Beratungsstelle von Haut- und Geschlechtskrankheiten auf die AIDS-Problematik frühzeitig und wirkungsvoll reagieren, indem durch Flugblätter, Informationsbroschüren, Informationsveranstaltungen, vor allem aber durch individuelle Beratungen der Prostituierten, über Risiken, Folgen und Übertragungswege von HIV-Infektionen und mögliche Schutzmaßnahmen informiert und aufgeklärt wurde. Zu nennen sind hier vor allem die Orientierung auf risikoarme „Arbeitspraktiken" (Nutzung von Kondomen) und das Angebot zur kostenlosen Durchführung von HIV-Antikörpertests.

Die Durchsetzung risikoarmer „Arbeitspraktiken" scheitert häufig am Widerstand, respektive den speziellen Wünschen der „Freier" und ist in bestimmten Milieus, wie z. B. in Clubs und Saunen, schwer realisierbar.

Die Prostituierten werden regelmäßig zu Untersuchungen einbestellt. Sofern die Beratung oder die medizinische Untersuchung Hinweise darauf geben, daß nicht mit Präservativen „gearbeitet" wird, erfolgt die Einbestellung in wöchentlichem Abstand.

Polizeiliche Vorführungen zur Untersuchung kommen aufgrund der eingangs geschilderten Arbeitsweise zwar sehr selten vor, erweisen sich aber in Einzelfällen, z. B. auch bei drogenabhängigen Prostituierten, als erforderlich.

Sofern erkannt ist, daß Prostituierte HIV-Test-positiv sind, erhalten sie keinen Kontrollschein, und es wird ihnen die Ausübung der Prostitution untersagt.

Der Personenkreis wird jedoch weiterhin sozial begleitet, es wird die erforderliche medizinische Behandlung vermittelt und es wird nach Formen der sozialen Rehabilitation gesucht, die den Ausstieg aus der Prostitution möglich machen.

(2) Die Aufklärung und Information Drogenabhängiger über die AIDS-Problematik ist fester Bestandteil der Arbeit der Drogenberatungsstelle.

---

* HIV (Synonym HTLV III) = Menschliches Immunschwäche-Virus

In der Tagesstätte der Drogenberatungsstelle liegen Informations- und Aufklärungsbroschüren zum Thema „AIDS" in einer für die Abhängigen verständlichen Sprache und Form aus. Außerdem sind kostenlos Präservative erhältlich. Die Kontaktarbeit auf der Drogenszene wird genutzt, um bei den abhängigen Prostituierten und den gemeinsam Injektionsnadeln benutzenden Heroinkonsumenten durch umfassende Aufklärung und Information Einstellungsänderungen und Verhaltensmodifikationen zu erzielen. Perspektivisch soll versucht werden, auch die „Freier" drogenabhängiger Prostituierter in diese Kontaktarbeit einzubeziehen. Die Drogenberatungsstelle vermittelt den Drogenabhängigen außerdem Kontakte zur AIDS-Beratungsstelle am Hauptgesundheitsamt und zur AIDS-Hilfe Bremen e.V. und weist auf weitergehende konkrete Hilfsmöglichkeiten hin.

Die AIDS-Hilfe Bremen e.V. hat seit kurzem ein eigenes anonymes Beratungsangebot innerhalb der Tagesstäte der Drogenberatungsstelle installiert.

Die Aufklärungsarbeit in der Szene sowie in Gaststätten und an Treffpunkten soll künftig durch den Einsatz weiterer Street-Worker intensiviert und durch den Einsatz öffentlichkeitswirksamer Aktionen (Video, Film, Theateraufführung) unterstützt werden. Dabei soll insbesondere versucht werden, die Risikogruppe der „Freier" auf ein risikoärmeres Sexualverhalten zu orientieren.

(3) Die AIDS-Hilfe Bremen e.V. versteht sich als Selbsthilfeorganisation und als Ansprechpartner bzw. Anlaufstelle für alle, die auf irgendeine Weise mit dem Thema AIDS konfrontiert sind.

Als selbstorganisierter Zusammenschluß besonders von der AIDS-Problematik betroffener Personengruppen hat sie vergleichsweise gute Zugangsmöglichkeiten zur Drogen- und Prostitutionsszene. In ihrer Arbeit bemüht sich die AIDS-Hilfe Bremen e.V. um den direkten Kontakt zu Drogenabhängigen und Prostituierten vor Ort. Möglich wurde diese sehr zeitaufwendige Arbeit durch die Bereitstellung einer Sozialarbeiterstelle für die AIDS-Hilfe aus Fördermitteln des Bundes.

Neben den bereits angesprochenen Beratungen in der Tagesstätte der Drogenberatungsstelle werden auch Gruppenangebote und Beratungsgespräche in eigenen Räumlichkeiten der Friedrich-Karl-Straße durchgeführt.

(4) Die AIDS-Beratungsstellen an den Gesundheitsämtern in Bremen und Bremerhaven bieten Beratungsangebote nicht nur für die besonders AIDS-gefährdeten Personengruppen an, sondern richten sich mit ihrer Aufklärungs- und Informationsarbeit auch an die allgemeine Bevölkerung.

Zu den drei Mitarbeitern der AIDS-Beratungsstelle am Hauptgesundheitsamt (davon eine Modellstelle des Bundes) ist im Oktober dieses Jahres ein weiterer Mitarbeiter hinzugekommen, der ebenfalls aus Bundesmitteln finanziert wird und dessen Aufgabe es ist, durch Street-Work und aufsuchende Sozialarbeit den direkten Kontakt zu Drogenabhängigen und Prostituierten in der Szene herzustellen.

(5) Das Rat- und Tatzentrum für Homosexuelle leistet Aufklärungs-, Beratungs- und Informationsarbeit, insbesondere für Homosexuelle, und arbeitet eng mit den zuvor genannten Beratungsangeboten zusammen.

(6) Zusammenfassend ist festzustellen, daß der Senat durch die Nutzung bestehender Beratungsstellen (Drogenberatungsstelle und Beratungsstelle für Haut- und Geschlechtskranke), den Aufbau spezieller Beratungsdienste (AIDS-Beratungsstellen an den Gesundheitsämtern in Bremen und Bremerhaven), die Einbeziehung von Selbsthilfeorganisationen (AIDS-Hilfe Bremen e.V. und Rat- und Tatzentrum für Homosexuelle) und die Einwerbung von Fördermitteln des Bundes innerhalb kurzer Zeit umfangreiche und aufeinander abgestimmte und sich ergänzende Maßnahmen zur AIDS-Bekämpfung ergriffen hat, mit denen auch die Zielgruppe der drogenabhängigen Prostituierten erreicht wird.

Zu 3.:

Zwangsmaßnahmen nach dem Bundes-Seuchengesetz, die in Stuttgart und München erwogen und teilweise praktiziert werden, sind in Frankfurt in besonders spektakulärer Weise zum Einsatz gekommen, indem Razzien und Zwangstestungen durchgeführt wurden.

Im Einklang mit den Empfehlungen der Gesundheitsministerkonferenz, der Haltung des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und der einhelligen Meinung der Fachöffentlichkeit, der AIDS-Hilfe-Vereinigungen und

der AIDS-Beratungsdienste werden diese Zwangsmaßnahmen vom Bremer Senat entschieden abgelehnt.

Die in Stuttgart, München und Frankfurt praktizierten Zwangsmaßnahmen bergen die Gefahr, daß die auf Vertrauen und Freiwilligkeit basierende AIDS-Arbeit durch ein Schüren von Angst auch in anderen Orten der Bundesrepublik, wie beispielsweise in Berlin, Hamburg oder Bremen, zerstört wird und damit die bisherigen Erfolge zunichte gemacht werden.

Gerade die steigenden Krankenzahlen machen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger einen solidarischen Umgang zwischen allen Bevölkerungsgruppen notwendig. Der Senat fühlt sich dem demokratischen Auftrag und der rechtsstaatlichen Verantwortung verpflichtet, diesen Prozeß des Verstehens zu fördern und nicht durch Zwangsmaßnahmen zu behindern.

Druck: Anker-Druck Bremen